

Hans-Peter Bartels · Anna Maria Kellner

Uwe Optenhögel (Hg.)

Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas

**Auf dem Weg
zur Europäischen Armee?**



Estland

Estland hat eine Bevölkerung von 1,315 Millionen Einwohnern, was etwa 0,26 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung entspricht (Angaben vom 1.1.2016, Statistics Estonia 2016a). Im Laufe der letzten zehn Jahre war die durchschnittliche Geburtenrate negativ und die Bevölkerungszahl nahm im jährlichen Schnitt um 1,330 Einwohner ab (Statistics Estonia 2016b). Ein Großteil der Migration in und aus dem Land beläuft sich auf das Hin- und Herpendeln estnischer Staatsbürger: So waren 2015 52 Prozent aller Immigranten und 69 Prozent der Emigranten estnischer Staatsangehörigkeit. 2015–2016 stabilisierte sich die Emigration, während die Anzahl der Immigranten anstieg (Statistics Estonia 2016b).

Bei den letzten Parlamentswahlen im März 2015 schafften es sechs Parteien über die Fünfprozenthürde: Die Estnische Reformpartei (RE) gewann die Wahl und erhielt 30 der insgesamt 101 Sitze im Parlament, gefolgt von der Estnischen Zentrums- partei (KE) mit 27 Sitzen. Die Sozialdemokratische Partei (SDE) erhielt 15 Sitze und die Pro-Patria- und Res-Publica-Union (IRL) 14. Die Estnische Freie Partei (VE), ein Neuankömmling, erhielt acht Sitze und die radikalste der vertretenen Parteien, die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE), sieben. Im Anschluss an die Wahlen bildeten die Reformpartei, die Sozialdemokraten und die Pro-Patria- und Res-Publica-Union eine Koalition. Am 23. November 2016 kam es zu einer weiteren Koalitions- und Regierungsbildung unter Führung von Ministerpräsident Jüri Ratas von der Zentrums- partei. Die nächsten Parlamentswahlen werden 2019 stattfinden.

Direkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion führte Estland Anfang der 1990er-Jahre grundlegende Wirtschaftsreformen ein. Diese beinhalteten eine rasch voranschreitende Privatisierung, eine prozyklische Wirtschaftspolitik, ein liberales Handelsregime, einen jährlich ausgeglichenen Staatshaushalt, einen festen Wechselkurs und hiermit verbunden eine Currency-Board-Regelung. Um die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen, wurde zwischen 1997 und 2002 eine weitere Reihe radikaler Reformen durchgeführt. Estlands Anstrengungen im Hinblick auf den EU-Beitritt führten im Jahr 2000 zu einem raschen Wirtschaftswachstum, und darauffolgend in den Jahren 2002 bis 2006 zu einem Wirtschaftsboom. Dieser beruhte vor allem auf Bankkrediten aus den nordischen Ländern, die in den estnischen Immobiliensektor flossen, sowie auf Finanzierung durch EU-Heranzuführungshilfen und -Struk-

turfonds und dem Aufkauf landwirtschaftlicher Betriebe durch ausländische Investoren. Das Ende des Wirtschaftsbooms begann 2007 mit einer konjunkturellen Verlangsamung (BIP +7,5 Prozent), die sich 2008 zu einem Konjunkturrückgang auswuchs (-4,2 Prozent) und 2009 – hauptsächlich aufgrund der Immobilienblase und globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Zusammenspiel mit einer unausgeglichenen Dynamik bei den Lohnkosten – zu einem extremen Rückgang führte (-14,1 Prozent) (Veebel, Loik 2012). 2010 (+3,3 Prozent) und 2011 (+8,3 Prozent) wuchs die Wirtschaft wieder, doch aufgrund der Eurokrise verlangsamte sich 2012 (+3,2 Prozent) das Wirtschaftswachstum erneut. 2014 und 2015 stieg das estnische BIP um nur 2,8 Prozent beziehungsweise 1,2 Prozent an (Eurostat 2016a). Die Inflationsrate, die 2008 11 Prozent erreicht hatte, nahm wieder ab, nachdem Estland 2010 der Eurozone beitrug und fiel in der ersten Jahreshälfte 2016 auf -0,1 Prozent. Das monatliche Durchschnittseinkommen ist stetig angestiegen und hat sich mit 1.091 Euro im Mai 2016 seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Die öffentliche Verschuldung ist eine der niedrigsten in der ganzen EU: Lag die Staatsverschuldung bis 2008 noch bei unter 5 Prozent, stieg sie 2009 auf 7,1 Prozent an und erreichte 2014 10,6 Prozent (Eurostat 2016b).

Auf dem Weg zur europäischen Armee? Europäische Verteidigungspolitik und das politische Ziel einer starken GSVP

Die politische Debatte

Die estnische Reaktion auf Jean-Claude Junckers Vorschlag vom März 2015 zur Gründung einer gesamteuropäischen Armee ist bislang eher zurückhaltend gewesen. Ganz ähnlich haben die Esten auf die EU-Globalstrategie für Außen- und Sicherheitspolitik reagiert, das jüngste EU-Strategiepapier, das den Mitgliedstaaten am 28. Juni 2016 vorgestellt wurde. Die politische Elite und militärische Kreise sind der Idee gesamteuropäischer Streitkräfte bisher mit Vorsicht oder sogar Pessimismus begegnet. In den Medien gab es hierzu so gut wie gar keine Debatte – und wenn, dann beschränkte sie sich auf ein paar eher skeptische Schlagzeilen und blickte vor allem auf die Frage, warum Estland sich in gemeinsame europäische Streitkräfte einreihen sollte, wenn doch bereits ein sehr viel größeres und voll funktionstüchtiges transatlantisches Sicherheitsnetzwerk besteht. Die estnische Kritik richtet sich in erster Linie gegen die widersinnige Verdopplung militärischer Strukturen und die ineffiziente Nutzung militärischer Ressourcen auf EU-Ebene.

Während des Estland-Besuchs der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im April 2015 erwähnte der ehemalige Präsident der Republik Estland, Toomas Hendrik Ilves, dieses Thema. Von der Leyen und Ilves räumten beide ein, dass obwohl der Vertrag von Lissabon Schritte in Richtung einer europäischen Armee möglich macht, die EU bis dorthin noch einen weiten Weg vor sich habe (Eesti Rahvusringhääling (ERR)/Estonian Public Broadcasting 2015). Jedoch hatte Deutschland den baltischen Staaten kurze Zeit vorher deutlich seine Unterstützung zugesagt, was als »moralischer Druck« auf Estland interpretiert werden könnte, im Gegenzug die deutschen Forderungen nach einer stärkeren militärischen EU-Kooperation zu unterstützen.

Auf Regierungsebene haben Kabinettsmitglieder – etwa der ehemalige Ministerpräsident Taavi Rõivas – mehrmals betont, dass die NATO-Mitgliedschaft und die damit einhergehende kollektive Verteidigung und Solidarität zwischen den Bündnispartnern nicht debattiert oder infrage gestellt werden sollten. Die ehemalige Außenministerin Keit Pentus-Rosimannus (RE) konstatierte, dass die europäische Sicherheit in den transatlantischen Beziehungen gründet und diese durch keine europäische Armee ersetzt werden können. Sie sagte auch, dass die Verpflichtungen der NATO-Mitgliedstaaten gegenüber der Allianz Vorrang hätten und dass eine Verdopplung militärischer Führungsstrukturen vermieden werden sollte, insbesondere in Anbetracht begrenzter finanzieller Ressourcen. In diesem Kontext sei der Vorschlag, eine gemeinsame europäische Armee aufzustellen, in der nahen Zukunft nicht praktikabel. Pentus-Rosimannus betonte jedoch auch, dass die Fähigkeiten nationaler Streitkräfte verstärkt werden sollten, angefangen bei höheren Verteidigungsausgaben. Auf EU-Ebene sollte der Fokus darauf liegen, zusätzliche Mittel für die gemeinsame Finanzierung von EU-Einsätzen zu finden, was einer Stärkung der gesamteuropäischen militärischen Fähigkeiten dienen würde. Insbesondere wies sie auf die Probleme bei den EU-Battlegroups hin: Seit ihrer Gründung im Jahr 2007 wurden diese Kampfgruppen noch nie eingesetzt (Delfi 2015a). Marko Mihkelson, ein IRL-Parlamentsabgeordneter und führender außenpolitischer Experte, teilt diese Meinung: Lediglich aufgrund des Arguments, dass Russlands Haltung es scheinbar erforderlich mache, sollten Europas gegenwärtige militärische Strukturen nicht zu leichtfertig verändert werden. Er sprach sich auch dafür aus, dass jene Initiativen und Aktivitäten priorisiert werden sollten, welche die Rolle der europäischen Verbündeten im Rahmen der NATO sowie die militärische Kooperation auf transatlantischer Ebene stärken; hier erwähnte er auch, wie wichtig die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sei (Delfi 2015b). Der ehemalige Verteidigungsminister und gegenwärtige Justizminister Urmas Reinsalu

unterstrich, dass Jean-Claude Junckers Vorschlag nicht als eine tatsächliche Kooperationsinitiative zu verstehen sei, sondern lediglich als eine politische Erklärung. Reinsalu wies darauf hin, dass für die Schaffung einer europäischen Armee Fragen der Landesverteidigung in die Verträge (EUV/AEUV) aufgenommen werden müssten, was wiederum die Einstimmigkeit der EU-Mitglieder voraussetzen würde. In der Praxis wäre das nur schwierig zu bewerkstelligen. Er betonte auch, dass in kritischen Situationen schon jetzt die EU-Beistandsklausel angewendet werden könne und dass sich dies für Estland als sehr viel wichtiger als die mögliche Schaffung einer europäischen Armee erweisen könnte. Der ehemalige Verteidigungsminister und derzeitige Außenminister Sven Mikser wiederum nannte die Idee einer EU-Armee »interessant, aber mit viel Luft nach oben« (Delfi 2015c).

Der ehemalige Verteidigungsminister Hannes Hanso (Verteidigungsministerium 2016b) hob hervor, dass die EU ihre Kooperation im militärischen Bereich weiterhin verstärken sollte, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einen wesentlichen Bestandteil der neuen EU-Globalstrategie bilden sollte und dass diese auch die primären Herausforderungen und Risiken, denen sich die EU gegenübersteht, reflektieren sollte. Vonseiten der Opposition räumte Rene Toomse (KE) ein, dass Russland zwar eine Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellt, jedoch stellte er gleichzeitig stark die Methoden infrage, anhand derer die Situation gegenwärtig befriedet werden soll. Auch er plädiert für eine größere Zurückhaltung bei der Unterstützung von EU-Initiativen und zweifelt daran, dass es klug sei, »mit einem Taschenmesser in den Kampf gegen einen schwerbewaffneten Feind zu ziehen« (Tigasson 2015).

Auch auf EU-Ebene haben Vertreter Estlands die Sichtweise geäußert, dass die Bildung einer europäischen Armee eher als Idee denn als tatsächliche Initiative, die in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten umgesetzt werden wird, verstanden werden sollte. Der ehemalige Ständige Vertreter Estlands bei der EU, Matti Maasikas, beschrieb Jean-Claude Junckers Vorschlag als einen Teil der aktuellen Debatte darüber, wie sich die militärische Kooperation in Europa untermauern ließe. Gleichzeitig stimmte er zu, dass in Anbetracht der radikal veränderten Sicherheitslage in Europa sicherheitspolitische Initiativen und Konzepte überdacht werden sollten (Tralla 2015).

Unter den estnischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments äußerte Urmas Paet (RE; Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE) ebenfalls Bedenken in Bezug auf die ineffiziente Nutzung der EU-Battlegroups und auf finanzielle Probleme. Zugleich sagte er, dass die EU das Vorhaben weiterverfolgen sollte (Delfi 2015d). Yana Toom (KE; ALDE) bestätigte zwar, wie wichtig die

NATO als Sicherheitsgarant für Estland ist, fragte jedoch gleichzeitig, ob Estland und die NATO die von Russland ausgehenden Risiken womöglich überschätzen könnten (Toom 2016). Tunne Kelam (IRL; Europäische Volkspartei) hat sich relativ stark zurückgehalten; er stimmte den Schlussfolgerungen der EU-Globalstrategie darin zu, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht das schwächste Glied in der EU-Integrationspolitik bleiben könne, vermied es aber, in der Debatte über eine europäische Armee ein Lager zu wählen (Kelam 2016).

Die Positionen der »strategic community«

Bei einer Besprechung der Reaktionen der estnischen Sicherheitsgemeinschaft auf Junckers Vorschlag sollte man zwischen militärischen Kreisen (Angehörigen der estnischen Streitkräfte) und der akademischen Fachgemeinschaft (Thinktanks und Forschungszentren mit Schwerpunkt auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik) unterscheiden. Zwischen den Reaktionen militärischer Kreise und denen der Parteien ist die Grenze wiederum etwas verschwommener, da mehrere pensionierte hochrangige estnische Militärs – etwa zwei ehemalige Befehlshaber der Streitkräfte, Generalleutnant a. D. Johannes Kert und General a. D. Ants Laaneots – weiterhin Kontakte mit militärischen Strukturen pflegen, während sie sich gleichzeitig aktiv in der Politik bewegen (beide sind Abgeordnete im estnischen Parlament).

Von militärischer Expertenseite aus hat Johannes Kert argumentiert, dass die Anstrengungen der EU zur Konsolidierung ihrer Außenpolitik – die militärische Kräfte beinhaltet – einen vernünftigen Schritt darstellen und dass gemeinsame Streitkräfte in Kombination mit einer EU-Mitgliedschaft in der NATO Standardisierung, eine bessere Nutzung europäischer Ressourcen und eine effektivere Entscheidungsfindung antreiben könnten. Kert kann sich vorstellen, dass eine gesamt-europäische Armee in den 2030er-Jahren gegründet wird. Aufgrund des geostrategischen Vorteils der NATO gegenüber der EU hinterfragt er jedoch, inwieweit eine europäische Armee wirklich als Instrument kollektiver Abschreckung funktionieren könnte (Kert 2015). Ants Laaneots wiederum erklärte, dass die Schaffung einer EU-Armee den unterschiedlichen Forderungen der Mitgliedstaaten zum Opfer fallen könnte (Laaneots 2015). Er verwies auf Afghanistan als Beispiel dafür, wie divergent die Forderungen und Grenzen im militärischen Vorgehen der EU-Staaten seien.

Im Hinblick auf die akademische Fachgemeinschaft finden sicherheits- und verteidigungspolitische Debatten und Analysen hauptsächlich im Rahmen des International Centre for Defence Studies (ICDS), des Estonian Foreign Policy Institute

(EVI) und des Estonian National Defence College statt. Die wichtigsten Publikationen zu Fragen europäischer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind das Jahrbuch der Estnischen Verteidigungsstreitkräfte, die peer-review-begutachtete Fachzeitschrift des Estonian Defence College und Veröffentlichungen des International Centre for Defence and Security. Während sich das Jahrbuch auf Verteidigungsmanagement (die institutionelle Planung und Entwicklung bezüglich der nationalen Sicherheit) und Sicherheitspolitik (Cyber- und Energiesicherheit, Russland, die baltisch-nordische Sicherheit, die Östliche Partnerschaft) konzentriert, liegt der Schwerpunkt beim Journal des Defence College und den Publikationen des ICDS auf EU-Integration und -Erweiterung, regionaler Sicherheit und Entwicklungen in Russland. Die Themen, mit denen sich die Experten heute maßgeblich beschäftigen, umfassen somit im Grunde genommen das Dreieck NATO/EU–Estland–Russland. An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass beide Thinktanks öffentliche Gelder erhalten. Zu einem gewissen Maß tragen auch die Forscher an den Instituten für Internationale Beziehungen der Universitäten Tartu, Tallinn und der Technischen Universität Tallinn zur Debatte über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik bei.

Man könnte sogar sagen, dass in Estland Themen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vor zehn Jahren prominenter und mit mehr Tiefe als heute besprochen wurden. Der Grund hierfür liegt in jüngeren Entwicklungen in der Zusammenarbeit mit der NATO: Fortschritte bei der Verteidigungsplanung und die Verlegung von Truppen ins Baltikum haben das estnische Interesse an europäischer Militärkooperation sinken lassen. Wenn sich gegenwärtige Spannungen jedoch weiter verstärken oder sich die US-Außenpolitik in Bezug auf die baltischen Staaten ändern sollte, würden militärische Initiativen auf EU-Ebene die beste Möglichkeit zur Bewältigung regionaler Risiken darstellen.

Die öffentliche Meinung

Öffentlichen Umfragen zufolge gilt die NATO als das Schlüsselement, um Estlands Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten. Eine Umfrage aus dem Jahr 2009 (Kivirähk 2009) zeigte, dass 61 Prozent der Befragten (und 78 Prozent der Befragten mit estnischer Staatsangehörigkeit) die NATO als Estlands wichtigsten Sicherheitsgaranten empfanden; hingegen erwähnten hier nur 44 Prozent die EU, und 23 Prozent empfanden die innerbaltische Kooperation und Estlands eigene nationale Verteidigungsfähigkeit als wichtig. Die Haltung gegenüber der NATO hat sich über die Jahre kaum verändert: Auch 2016 betrachteten 59 Prozent der Befragten (und

75 der Befragten mit estnischer Staatsangehörigkeit) die NATO als Estlands wichtigsten Sicherheitsgaranten. Jedoch ist der Anteil der Befragten, die daneben die Rolle Estlands eigener nationaler Verteidigungsfähigkeit betonen, auf 41 Prozent angestiegen (Verteidigungsministerium 2016a).

Laut einer Eurobarometer-Spezialumfrage vom Mai 2015 (Eurobarometer 2015) stimmen rund 86 Prozent der estnischen Befragten der Aussage zu, dass Krieg oder politische Instabilität in Regionen außerhalb der EU auch zu einer Bedrohung der inneren Sicherheit der EU führen könnten (in dieser Kategorie die häufigste Wahl der Esten). Vor diesem Hintergrund sollten sämtliche Maßnahmen, die zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region beitragen könnten, in Estland eigentlich begrüßt werden. (Hier muss erwähnt werden, dass der Fokus dieser Eurobarometer-Umfrage auf allgemeinen Sicherheitswahrnehmungen in der EU, wahrgenommenen Bedrohungen und möglichen Antworten auf Sicherheits Herausforderungen vonseiten der Union lag. Bei den Antworten, wie man Sicherheits Herausforderungen angehen könnte, fand zwar auch die Rolle der verschiedenen Institutionen Erwähnung, die Umfrage beschäftigte sich jedoch weder mit der GSVP noch mit einer europäischen Armee.)

Eine andere Eurobarometer-Umfrage von Anfang 2014 (Eurobarometer 2014) zeigt jedoch, dass die estnische Bevölkerung im Hinblick auf eine europäische Armee eher unentschieden ist: 47 Prozent der Befragten waren für die Idee, 44 Prozent dagegen (diese Umfrage bezog sich direkt auf Einstellungen gegenüber einer europäischen Armee und fragte z. B.: »Thinking about the future of the EU, please tell me whether you are in favour of or opposed to each of the following: The creation of an EU Army«). Im EU-Vergleich fällt das estnische Umfrageergebnis noch recht positiv aus, bedenkt man, dass in der gesamten Union durchschnittlich 46 Prozent der Befragten die Idee unterstützten und 47 Prozent dagegen waren. Bei der Betrachtung dieses Umfrageergebnisses sollte man bedenken, dass diese vergleichende Befragung 2014 stattfand – vor der Russland-Ukraine-Krise und vor der europäischen Migrationskrise. Heute würde die allgemeine Öffentliche in Estland die Bildung einer europäischen Armee wohl noch sehr viel stärker als 2014 befürworten. Laut einer lokalen Umfrage aus dem Jahr 2016 (Verteidigungsministerium 2016a) sprachen sich 68 Prozent der Befragten mehr oder weniger stark für die Schaffung gesamt-europäischer Grenzschutzeinheiten aus, und nur 16 Prozent waren mehr oder weniger stark dagegen. (Diese Umfrage beschäftigte sich mit Einstellungen in Estland gegenüber der Vertrauenswürdigkeit lokaler Einrichtungen, gegenüber Sicherheit und deren Bedrohungen, den Verteidigungsfähigkeiten, der Bereitschaft Estlands zur eigenen Verteidigung, der Organisation der Landesverteidigung, der NATO und

internationalen Militäreinsätzen. Die Frage bezüglich der Einstellung zur Schaffung gesamt-europäischer Grenzschutzeinheiten fiel in die Oberkategorie zur Haltung gegenüber der Beteiligung an gemeinsamen NATO-, EU- und UN-Missionen.)

Welche Faktoren beeinflussen die nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Schlüsselemente in Debatten und Entscheidungsfindungsprozessen

Die estnische Debatte über Sicherheitsinteressen und -garantien wird hauptsächlich von Bedenken bezüglich einer potenziellen russischen Aggression angetrieben und von den hiermit verbundenen Möglichkeiten kollektiver transatlantischer Abschreckung. Wie erwähnt sind laut der Eurobarometer-Umfrage von 2015 86 Prozent der estnischen Bevölkerung der Ansicht, dass Krieg oder politische Instabilität in außer-europäischen Regionen auch zu einer Bedrohung der inneren Sicherheit der EU führen könnten (Eurobarometer 2015). Offenkundig beruhen die estnischen Bedenken direkt auf den Entwicklungen in der Ukraine und auf dem militärischen Konflikt in Georgien vor knapp zehn Jahren. Zusätzliche Fragen, welche die sicherheitspolitische Debatte in Estland mitgestalten, sind u. a. die, ob die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Estland als künftige regionale Sicherheitsgarantie wirken könnten, wie sich die neue US-Führung auf die Region auswirken und wie sich die NATO zukünftig entwickeln wird. 2016 kamen im Kontext des britischen EU-Referendums zusätzliche Bedenken in Bezug auf die transatlantische und europäische Einigkeit und Geschlossenheit hinzu. Nach dem Brexit-Votum wuchs der Wunsch, die verteidigungspolitische Partnerschaft des Vereinigten Königreichs mit den baltischen Staaten aufrechtzuerhalten, jedoch gleichzeitig auch Fortschritte in Richtung einer europäischen Armee machen zu können.

Der US-Wahlsieg Donald Trumps hat in Estland die Debatte über verteidigungs- und sicherheitspolitische Kooperation unter politischen Entscheidungsträgern zugespitzt. Die gesamte estnische Koalitionsregierung hatte einen Wahlsieg Hillary Clintons erwartet – und hätte diesen auch bevorzugt, insbesondere hinsichtlich ihrer Positionen in der Sicherheitspolitik und in den amerikanisch-russischen Beziehungen (Dennison, Pardijs, Shapiro 2016). Zwar wurde in den Medien ein möglicher Trump-Wahlsieg diskutiert, dieser jedoch nicht als sehr wahrscheinlich betrachtet. Infolge des überraschenden Wahlergebnisses herrscht in Estland überwiegend die Meinung, dass intensiver Kontakt zu Trumps Umfeld notwendig ist, um seine Posi-

tionen hinsichtlich der Sicherheitsarchitektur in Mittel- und Osteuropa klarzustellen – und dass parallel hierzu Anstrengungen auf EU-Ebene bezüglich der europäischen sicherheitspolitischen Kooperation unterstützt werden müssen. Estland ist bereit, mit seiner ganzen Aufmerksamkeit und sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einen rascheren und besseren Fortschritt europäischer verteidigungspolitischer Initiativen zu unterstützen. Dementsprechend wird der Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung, den Federica Mogherini am 16. November 2016 vorstellte, als positiver und notwendiger Schritt bewertet, um die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation innerhalb der EU zu stärken.

Verteidigungshaushalt

2016 belief sich Estlands Verteidigungshaushalt auf 430 Millionen Euro. Zwar ist der finanzielle Beitrag Estlands zur NATO rein rechnerisch gesehen sehr klein (etwa 1 Prozent des deutschen Beitrags), doch betätigt sich das Land aktiv im Rahmen der Allianz, nimmt aktiv an internationalen Einsätzen teil und möchte in der Verstärkung der Cyberfähigkeiten der NATO eine führende Rolle einnehmen. Außerdem gehört Estland zu den Ländern, die das NATO-Ziel erfüllen, mindestens 2 Prozent ihres BIP auf ihre Verteidigungsausgaben zu verwenden (NATO 2016). 2014 erreichten die estnischen Verteidigungsausgaben 2,05 Prozent und stiegen seitdem weiter an; 2016 betragen sie 2,1 Prozent des BIP. Im Haushaltsplan für 2017 sind die Verteidigungsausgaben bei 2,19 Prozent des BIP veranschlagt (Regierung Estlands 2016). In der Politik reichen bei Debatten über die Verteidigungsausgaben die Stimmen von jenen, die einen Anstieg auf bis zu 3 Prozent unterstützen (hauptsächlich aus dem nationalkonservativen Lager) zu denen, welche die Ausgaben auf unter 2 Prozent senken wollen (die oppositionelle Zentrumspartei). Bei öffentlichen Debatten erhält die erste Gruppe aufgrund der Bedrohung durch Russland in der Regel den Vorzug. Bei der Finanzierung haben sich die Prioritäten von Einsatzrüstung hin zu für die Territorialverteidigung bestimmten Waffensystemen verschoben. Die wichtigsten Beschaffungen waren 44 CV-90-Panzer aus den Niederlanden und 100 Javelin-Panzerabwehrkraketen mit 300 zusätzlichen Sprengköpfen aus den Vereinigten Staaten. Die Beschaffung von moderner Panzerartillerie und bodengestützten Flugabwehrsystemen steht jedoch nach wie vor aus. Estland hat auch immer noch keine eigenen Kampffjets oder Kampfpanzer gekauft. Seit 2010 ist die allgemeine Strategie darauf ausgelegt, dass mindestens 30 Prozent des Verteidigungsetats auf die Modernisierung der militärischen Ausrüstung verwendet werden

müssen. Für die Jahre 2014 bis 2018 hat Estland militärische Anschaffungen in Höhe von 685 Millionen Euro geplant (Estonische Verteidigungsstreitkräfte 2016).

Streitkräfte

Die estnischen Verteidigungsstreitkräfte setzen sich aus Berufssoldaten, Wehrpflichtigen und Reservisten zusammen. Jedes Jahr erreichen rund 6.000 Männer das wehrpflichtige Alter. Estlands Streitkräfte bestehen aus den Teilstreitkräften Marine, Luftwaffe und Heer. In Friedenszeiten beträgt die durchschnittliche Größe der regulären estnischen Streitkräfte, in Verbindung von Berufssoldaten mit Wehrpflichtigen, etwa 7.000 Soldaten. Der Großteil der Streitkräfte besteht aus Bodentruppen, die wiederum in vier Verteidigungsbereiche und zwei Brigaden unterteilt sind. Zusätzlich zu den regulären militärischen Einheiten umfassen die Streitkräfte den militärischen Freiwilligenverband *Kaitseliit* (»Verteidigungsbund«) mit rund 9.000 Soldaten. Rechnet man noch 1.500 zivile Fachkräfte hinzu, beläuft sich das aktive Personal der Streitkräfte auf insgesamt 17.500. Die vorgesehene Größe für den Kriegsfall (nach Mobilisierung der Reservisten) beträgt 60.000 Soldaten, einschließlich schnell einsatzbereiter Reserveeinheiten von 21.000 Mann. Die Maximalgröße der Reservearmee liegt bei 220.000 Mann – dies umfasst alle körperlich und geistig gesunden männlichen Staatsangehörigen unter 40 Jahren mit militärischer Ausbildung (Estonische Verteidigungsstreitkräfte 2016). Den Hauptbestandteil der Streitkräfte bilden wie erwähnt Bodentruppen, die in vier Verteidigungsbereiche und zwei Brigaden unterteilt sind; daneben verfügt das estnische Militär über ein professionelles Fernmeldebataillon. Seit 2015 ist das estnische Militär auch regelmäßig Gastgeber einer NATO-Einheit von Bataillonsgröße (1.000 Soldaten). Alles in allem hat sich seit 2011 der Fokus auf für die Territorialverteidigung notwendige Fähigkeiten verlegt, wodurch der Entwicklung von im Rahmen gemeinsamer NATO-Einsätze benötigter Nischenfähigkeiten weniger Mittel zugekommen sind. Der Befehlshaber der estnischen Streitkräfte ist Generalleutnant Riho Terras, ihr Stabschef ist Kolonel Martin Herem.

Multilaterale Kooperationen

Seit Estland 1991 seine Unabhängigkeit wiedererlangte, hat das Land seine Sicherheitspolitik an einer vollständigen Integrierung in die europäische und transatlanti-

sche Sicherheitsarchitektur festgemacht. Im März 2004 wurde Estland Mitglied der NATO und im Mai 2004 Mitglied der EU; im Januar 2010 trat es der Eurozone bei. Die transatlantische Partnerschaft gilt als das Kernstück der estnischen Verteidigungsdoktrin. Die Nationale Sicherheitsstrategie Estlands für den Zeitraum 2013–2022 spiegelt dies klar wider: »Estonia views its national security as an integral part of international security [...] NATO, with its transatlantic nature and the principle of collective defence serves as the cornerstone of European security and defence [...] Estonia regards its security and the security of its allies as indivisible – the factors affecting the security of its allies also affect Estonia, and vice versa [...] Estonia ensures credible deterrence and military defence through NATO's collective defence [...] Estonia develops national military defence capabilities, which form a part of NATO's collective defence« (Riigikogu [Parlament Estlands] 2010). Auf nationaler Ebene heißt es oftmals, dass »Estlands Sicherheit heute besser denn je gewährleistet« sei, was sich klar auf die Zuverlässigkeit der militärischen Abschreckung und kollektiven Verteidigung im Rahmen der NATO bezieht (Außenministerium 2016).

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Beteiligung an internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung und Stabilisierung eine der Kernprioritäten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und militärischen Entwicklung in Estland. Trotz seines kleinen Militärs und seiner begrenzten Fähigkeiten versucht Estland nicht nur als Sicherheitskonsument, sondern auch als Sicherheitsproduzent zu agieren. Hier bieten internationale Einsätze estnischen Truppen eine gute Gelegenheit, sich unter Beweis zu stellen und zu zeigen, dass sie den sehr viel größeren und besser ausgerüsteten Truppen westlicher Militärs in nichts nachstehen. In NATO-Kontingenten genießen estnische Truppen einen ausgezeichneten Ruf. Dies hat das Ansehen Estlands in der NATO gestärkt und signifikante qualitative Entwicklungen bei der militärischen Ausbildung sowie in der Logistik und Beschaffung etc. ermöglicht. Bei der Frage des Truppeneinsatzes hat sich Estland jedoch bewusst zurückhaltend gezeigt, und bevorzugt in der Regel den tendenziell teureren Einsatz von Kampftruppen gegenüber größeren Truppenverbänden in unterstützenden Funktionen.

Zur weiteren Konsolidierung von Stabilität und Sicherheit und zur Weiterentwicklung zivil-militärischer Beziehungen hat Estland eine Reihe von Protokollen und Abkommen über die bilaterale Kooperation unterzeichnet, u. a. mit den Vereinigten Staaten, Deutschland, Slowenien, Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Schweden, Ungarn, Polen, Finnland, der Ukraine, Dänemark, Italien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Frankreich, Kanada, den Niederlanden, Spanien, Bulgarien, Georgien und der Slowakei. Auf der Basis bilateraler Abkommen werden in

Estland jedes Jahr gemeinsame Manöver abgehalten, am häufigsten in Kooperation mit amerikanischen, britischen, finnischen und deutschen Truppen. Zudem finden zahlreiche gemeinsame Übungen mit abwechselnden, in den estnischen Militärstützpunkten Ämari und Tapa stationierten Luft- und Bodeneinheiten statt. Die Zunahme an gemeinsamen Aktivitäten und die Entwicklung militärischer Infrastruktur wurden in der allgemeinen Öffentlichkeit (mit Ausnahme der Zentrumspartei) sowie von Experten und Politikern weitestgehend begrüßt. Diese Unterstützung hat sich auch in belastbaren zusätzlichen Finanzmitteln niedergeschlagen, sowohl für die militärische Beschaffung als auch für NATO-Aktivitäten bezüglich infrastruktureller Entwicklung in Estland. Eine gemeinsame militärische Infrastruktur und gemeinsame Übungen werden positiv und als Grundpfeiler der aktuellen und zukünftigen estnischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin gesehen, die schließlich auf dem Konzept der kollektiven Abschreckung im Rahmen der NATO beruht. Auch die öffentliche Unterstützung für eine vertiefte Kooperation mit den NATO-Bündnispartnern ist groß (Verteidigungsministerium 2016a). Aufgrund der positiven Erfahrungen bei gemeinsamen Übungen und Planung sind hier für 2017 zusätzliche Aktivitäten vorgesehen; im gleichen Zeitraum wächst der estnische Verteidigungshaushalt hauptsächlich bezüglich zusätzlicher Infrastrukturinvestitionen und gemeinsamer Manöver (Verteidigungsministerium 2016b).

Mit Lettland und Litauen besteht ein trilaterales Kooperationsabkommen zur Gewährleistung der regionalen Sicherheit. Die Zusammenarbeit konzentriert sich vor allem auf verteidigungspolitische Kooperationsprojekte im Baltikum: der Marineverband BALTRON (Baltic Naval Squadron), das Luftraumüberwachungssystem BALTNET (Baltic Air Surveillance Network) und die Baltische Verteidigungsakademie BALTDEFCOL (Baltic Defence College). Multilaterale Kooperationsprojekte beinhalten BALTSEA (zur Koordinierung der Verteidigungsunterstützung der baltischen Staaten) und NORBALTPERS, ein von Norwegen initiiertes Personalpolitikprogramm, um Estland, Lettland und Litauen bei der Personalpolitik ihrer Streitkräfte zu unterstützen (Estnische Verteidigungsstreitkräfte 2016). Jedoch erhalten baltische Kooperationsprojekte (mit Ausnahme von BALTDEFCOL) immer weniger öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung und werden nach und nach durch ähnliche NATO-Aktivitäten in der Region ersetzt. Selbst wenn sie in der Vergangenheit als erfolgreich galten, erscheinen diese Initiativen heute überholt und angesichts der gegenwärtigen Bedrohungsperzeptionen unzureichend (Verteidigungsministerium 2016a).

Die estnischen Streitkräfte beteiligen sich aktiv an EU- und NATO-Einsätzen, wobei sie sich insbesondere auf die Weiterentwicklung der Cyberverteidigungsfähig-

keiten der transatlantischen Allianz konzentrieren. Estnische Truppen beteiligen sich seit 1995 an internationalen militärischen und zivilen Missionen, angefangen mit der UN-Friedensmission in Kroatien. Seit 1997 beteiligt sich Estland im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands (UNTSO) an militärischen Beobachtermissionen im Nahen und Mittleren Osten (Israel, Libanon, Syrien). Dies umfasst Patrouillen, die Besetzung von Beobachtungsposten und Stabsarbeit. Im Hinblick auf Militäreinsätze gewann Estland 2003 erste Erfahrungen, als es sich an der Invasion Iraks beteiligte. Seit 2013 ist Estland zusammen mit 22 anderen Mitgliedstaaten an der EU-Militärmission in Mali (EUTM Mali) beteiligt, ebenso wie an der EUNAVFOR MED Operation Sophia zur Bekämpfung des Menschensmuggels im Mittelmeer. Gemeinsam mit den anderen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Kanada, Norwegen, der Schweiz, der Türkei und den USA ist Estland auch an EULEX beteiligt, der Rechtstaatlichkeitsmission der EU in Kosovo. Darüber hinaus hat sich Estland mit einer zivilen Komponente an Missionen in Georgien (EUMM), in der Ukraine (EUAM) und in Afghanistan (EUPOL und Resolute Support) beteiligt.

Im September 2016 bewilligte das estnische Parlament eine Fortführung der Beteiligung an den Missionen in Afghanistan (Resolute Support), Libanon (UNIFIL), Mali (MINUSMA und EUTM) sowie in Kosovo (KFOR und UNMIK) (Estnische Verteidigungstreitkräfte 2016).

Literaturverzeichnis

- Außenministerium (2016): Estonia and NATO; <http://www.vn.ee/en/estonia-and-nato> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Äripäev (2016): Uus riigieelarve, kaitsekulud kasavad tõõjõumaksud langevad (27.9.2016); <http://www.aripaev.ee/uu-dised/2016/09/27/uu-riigieelarve-kaitsekulud-kasavad-toojõumaksud-langevad> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Delfi (2015a): Pentus Junckeri ideest: Euroopa armee loomine ei oleks lähitulevikus tehtav. Delfi-Internetportal (9.3.2015); <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/estl/pentus-junckeri-ideest-euroopa-armee-loomine-ei-oleks-lahitulevikus-tehtav?id=70973169> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Delfi (2015b): Mihkelson Junckeri EL-i ühisarmee plaanist: tänast Euroopa julgeolekuarhitektuuri ei tohiks kergekääliselt muuta. Delfi-Internetportal (9.3.2015); <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/estl/mihkelson-junckeri-el-i-uhisarmee-plaanist-tanast-euroopa-julgeolekuarhitektuuri-ei-tohiks-kergekaeliselt-muuta?id=70968709> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Delfi (2015c): Mikser nimetas ELi ühisarmee ideed huvitavaks. Delfi-Internetportal (9.3.2015); <http://www.postimees.ee/3116883/mikser-nimetas-eli-uhisarmee-ideed-huvitavaks> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Delfi (2015d): Junckeri EL-i ühisarmee plaaniga tuleb edasi minna, kuid lihtne see olema ei saa. Delfi-Internetportal (9.3.2015); <http://www.delfi.ee/news/paevauudised/estl/paet-junckeri-el-i-uhisarmee-plaaniga-tuleb-edasi-minna-kuid-lihtne-see-olema-ei-saa?id=70968879> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Dennison, Susi, Pardijs, Dina, Shapiro, Jeremy (2016): Fear and Loathing on the Road to the US Elections. ECFR Flash Scorecard, Oktober 2016; http://www.ecfr.eu/specials/scorecard/flash_scorecard_us_elections (aufgerufen am 25.11.2016).

- Estnische Verteidigungsstreitkräfte (2016): Estonian Defence Forces; <http://www.mil.ee/en/defence-forces> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Verteidigungsministerium (2016a): Juhan Kivirähk (Hg.): Avalik arvamus ja riigikaitse; http://www.kmin.ee/sites/default/files/default/article_files/avalik_arvamus_ja_riigikaitse_marts_2016.pdf; [Umfrageergebnisse auf Englisch sind für den Zeitraum 2014–2016 erhältlich] Public Opinion and National Defence. Surveys from the Period 2001–2016; <http://www.kaitseminst.ee/en/public-opinion-and-defence-and-society>; (aufgerufen am 30.9.2016).
- Verteidigungsministerium (2016b): Euroopa Liit peab edasi liikuma kaitsekoostöö tugevdamisega (5.2.2016); <http://www.kmin.ee/et/audised/hansa-euroopa-liit-peab-edasi-liikuma-kaitsekoostoo-tugevdamisega> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Eesti Rahvusringhääling (ERR)/Estonian Public Broadcasting [Ebnischer Rundfunk] (2015): Germany Reaffirms its Support to Estonia (14.4.2015); <http://news.err.ee/v/news/politics/bbb575a9-42f8-4224-86ac-9436ed58ace0/germany-reaffirms-its-support-to-estonia> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Eurobarometer (2014): Special Survey 413: Future of Europe (Report); http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_413_en.pdf (aufgerufen am 30.9.2016).
- Eurobarometer (2015): Special Survey 432: Europeans' Attitudes towards Security (Report); http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_432_en.pdf (aufgerufen am 30.9.2016).
- Eurostat (2016a): Database: Main GDP Aggregates Per Capita; <http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-databases/gdp> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Eurostat (2016b): Database Indicator: General Government Expenditure by Function (COFOG) [gov_10a_exp]; http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=gov_10a_exp&lang=en (aufgerufen am 30.9.2016).
- Regierung Estlands (2016): Valitsus kiitis heaks 2017 riigieelarve; <http://valitsus.ee/et/audised/valitsus-kiitis-heaks-2017-aasta-riigieelarve> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Kelam, Tunne (2016): Ühine julgeoleku-ja kaitsepoliitika on jätkuvalt EL ssteemi nõrgim lül (6.6.2016); <http://kelam.ee/teoksil/audised/uhine-julgeoleku-ja-kaitsepoliitika-on-jatkuvalt-el-susteemi-norgim-luli> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Kert, Johannes (2015): Euroopa Liit vajab tulevikus kindlasti ühiseid relvajõude. Delfi-Internetportal (13.12.2015); <http://maaleht.delfi.ee/news/maaleht/arvamus/johannes-kert-euroopa-liit-vajab-tulevikus-kindlasti-uhiseid-relvajoude?id=73143221> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Kivirähk, Juhan (2009): Avalik arvamus ja riigikaitse. International Centre for Defence and Security (13.10.2009); <http://www.icsd.ee/et/publikatsioonid/riigikaitse-avalik-arvamus-ja-riigikaitse/> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Laaneots, Ants (2015): Laaneots: EU Army Could Stumble on Different Demands of Member States. ERR/Estonian Public Broadcasting [Ebnischer Rundfunk] (10.3.2015); <http://news.err.ee/v/international/89148267-61f1-4f17-8737-c18e80830193> (aufgerufen am 30.9.2016).
- NATO (2016): Defence Expenditures of NATO Countries 2009–2016; http://www.nato.int/cpr/en/natohq/news_132934.htm (aufgerufen am 30.9.2016).
- Riigikogu [Parlament Estlands] (2010): National Security Concept of Estonia; http://www.kmin.ee/sites/default/files/cfinder/article_files/national_security_concept_of_estonia_0.pdf (aufgerufen am 30.9.2016).
- Statistics Estonia (2016a): Population Statistics; <http://www.stat.ee/34268> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Statistics Estonia (2016b): The Population Increase Was Influenced by External Migration; <http://www.stat.ee/377564> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Tigasson, Külli-Riin (2015): Venemaast, varjenditest ja naistest püssi all – Diplomaatia suur valimisdebat, in: Diplomaatia; <http://www.diplomaatia.ee/artikkel/venemaa-ast-varjenditest-ja-naistest-pussi-all-diplomaatia-suur-valimisdebat/> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Toom, Yana (2016): Vajame ausat arutelu Eesti välispoliitika eesmärkidest; <http://baltnews.ee/est/20160213/1014453828.html> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Tralla, Johannes (2015): Junckeri Euroopa armee idee pole hetkel reaalne. ERR/Estonian Public Broadcasting [Ebnischer Rundfunk] (17.3.2015); <http://tv.err.ee/v/peavarakajasaated/valisilm/video/894a4f30-51de-4916-b62e-9cd64873edcd/valisilm-junckeri-euroopa-armee-idee-pole-hetkel-reaalne> (aufgerufen am 30.9.2016).
- Veebel, Viljar, Loik, Ramon (2012): Estonia: Life in Post-Communist Eastern Europe after EU Membership, in Donna-cha O'Beachain (Hg.): Life in Post-Communist Europe after EU Membership. London, Routledge.